



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 12. Wahlperiode, 1987-1988

06.11.1990 - Drucksache 12/1024

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Antrag der Fraktion der CDU**Wirtschaftliche und soziale Flankierung von Maßnahmen und Folgen der Abrüstung im Lande Bremen**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Organisation des Nordatlantikvertrages und ihre wirtschaftliche Integration in der Europäischen Gemeinschaft bewirkten die längste Friedensperiode in der deutschen Geschichte. Die Überwindung der Teilung und die Mitgliedschaft Deutschlands in der EG und der NATO sind verlässliche Stabilitätsfaktoren für die Zukunft und erhöhen die Sicherheit und Stabilität in ganz Europa.

Die Sicherheitspolitik in und für Europa erfährt durch den Abbau der Rüstungsarsenale in Ost und West eine neue Gestalt. Durch die weltweiten politischen Veränderungen ist an die Stelle des Freund-Feind-Verhältnisses zwischen Ost und West eine verstärkte Kooperation auf nahezu allen Politikfeldern getreten. Die Bundesregierung hat diese neue sicherheitspolitische Situation aktiv mitgestaltet und auf die möglichen Auswirkungen rechtzeitig reagiert.

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt:

- daß die Bundesregierung mit der Reduzierung der Streitkräfte Deutschlands auf 370 000 Mann einen wichtigen Beitrag zu Abrüstung und Frieden in Europa und der Welt geleistet hat; dadurch können wirtschaftliche Ressourcen, die bisher für militärische Aufgaben gebunden waren, künftig für andere Bereiche eingesetzt werden;
- die Absicht der Bundesregierung, durch geeignete Auftragsstreuung bruchhafte Entwicklungen mit größeren Belastungen für die regionalen Arbeitsmärkte zu vermeiden;
- die Erklärung der Bundesregierung, eine Sozialverträglichkeit bei der Planung der nötigen Umstrukturierungsmaßnahmen und Organisationsentscheidungen der Bundeswehr zu beachten, insbesondere bei Freisetzungen, die natürliche Fluktuation zu nutzen und auch Arbeitsplatzwechsel auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken;
- die Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe sowie einer Arbeitsgruppe der Wirtschaftsministerkonferenz, deren Aufgabe es ist, im Vorfeld konkreter Abrüstungsentscheidungen einen umfassenden Informationsaustausch sicherzustellen und zu gegebener Zeit kurzfristig erforderliche Handlungsempfehlungen zu geben;
- die Zusage der Bundesregierung, zu gegebener Zeit Anträgen der betroffenen Bundesländer auf regionale Flankierung von Anpassungsprozessen durch die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ positiv gegenüberzustehen, wie dies in vergleichbaren Fällen (Schiffbau, Stahlindustrie) bisher gegeben war;
- die initiierte Untersuchung über „Die Produktion von Wehrgütern in der Bundesrepublik Deutschland“, mit der sich die Auswirkungen von Veränderungen der Rüstungsplanung auf die industriellen Kapazitäten präzisieren lassen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- in enger Abstimmung mit der Bundesregierung Strategien zur wirtschaftlichen und sozialen Flankierung von Maßnahmen und Folgen der Abrüstung weiterzuentwickeln;
- in Zukunft verstärkt Mittel aus dem Gesetz zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft in den Ländern für Aufgaben der wirtschaftlichen und sozialen Flankierung von Maßnahmen und Folgen der Abrüstung einzusetzen;
- sich im Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für die Auflage eines Sonderprogramms zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen außerhalb der Streitkräfte und der Verteidigungsgüter produzierenden Industrie in besonders betroffenen Regionen einzusetzen, wobei die Mittel je zur Hälfte vom Bund und Land aufgebracht werden sollen;
- gemeinsam mit der niedersächsischen Landesregierung eine interministerielle Arbeitsgruppe zu bilden, die sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen der Abrüstung in der Unterweserregion befaßt;
- im Rahmen eines umfassenden Nutzungsprogramms von einer militärischen Nutzung freierwerdende Grundstücke im Hinblick auf Folgenutzungen (Verwendung als Gewerbe-, Industrie- und Technologiestandorte, Freizeit- und Sportparks, Grünflächen, Verwendung von Wohnungsbau) zu erfassen und zu überprüfen;
- sicherzustellen, daß die bisher von Angehörigen der Streitkräfte genutzten Wohnungen dem freien Wohnungsmarkt kostengünstig zugeführt werden;
- der Bürgerschaft (Landtag) bis spätestens Ende März 1991 über den Stand seiner diesbezüglichen Aktivitäten zu berichten.

Dr. Schrörs, Kudella und Fraktion der CDU